

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 83. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 20. November 2014

1. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp,
Friederike Ebli und
Fredri Winter (SPD)**

Demografiekongress „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“

Am 13. November 2014 fand in der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz der Demografiekongress der Landesregierung statt. Die Landesregierung setzt sich im Rahmen der Demografiestrategie dafür ein, dass alle Generationen in allen Teilen von Rheinland Pfalz auch in Zukunft gut leben können. Auf dem Demografiekongress wurde in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen, Organisationen, Verbänden und Vereinigungen eine „Gemeinsame Erklärung“ zum Demografischen Wandel präsentiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Themenfelder bilden die Grundlage der Demografiestrategie der Landesregierung?
2. Mit welchen Zielen und Maßnahmen wird die Demografiestrategie mit den Partnerinnen und Partnern im Land weiterentwickelt?
3. Welche Institutionen, Organisationen und Vereinigungen unterstützen die „Gemeinsame Erklärung“ zum Demografischen Wandel im Rahmen der Demografiestrategie des Landes?
4. In welchem Zusammenhang stehen „Gemeinsame Erklärung“, der Demografiekongress am 13. November 2014, sowie die landesweiten Demografiewochen 2013 und 2015 zur Demografiestrategie der Landesregierung?

2. Abgeordnete

**Christian Baldauf,
Alexander Licht und
Dr. Adolf Weiland (CDU)**

Beteiligung der Staatskanzlei am Bieterprozess beim Verkauf des Nürburgrings und weiterer Liegenschaften/Gebäuden etc. im Zusammenhang mit der Insolvenz.

Aus der Antwort der Staatskanzlei auf zwei Anfragen der Abgeordneten Licht und Brandl (Drucksachen 16/4228/4229) geht hervor, dass die Ministerpräsidentin sich am 16. Januar 2014 und am 10. März 2014 mit Bieterern im laufenden Verkaufsverfahren getroffen hat.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Vorbereitungen wurden aus der Staatskanzlei, der ISB, aus Ministerien oder von Dritten (Anwaltskanzleien, Institutionen, Bieterern etc.) zu diesem Treffen erstellt?
2. Welche Personen haben in welcher Funktion an diesen Treffen teilgenommen?
3. Welche Ergebnisse, mögliche Arbeitsaufträge sind aus den Gesprächen entwickelt worden?
4. Welche sonstigen Gespräche, Treffen gab es zwischen Bieterern bzw. Vertretern von Bieterern zum Nürburgring und Vertretern der Landesregierung im Zeitraum August 2013 bis zum 12. März 2014 und beginnend 12. März 2014 bis zum heutigen Tag?

3. Abgeordnete

**Jutta Blatzheim-Roegler,
Andreas Hartenfels,
Dietmar Johnen und
Stephanie Nabinger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Perfluorierte Tenside (PFT) in Gewässern in Binsfeld (Verbandsgemeinde Wittlich-Land) und Orten um die Airbase Spangdahlem

Die vor einiger Zeit festgestellte Belastung der Gewässer in und um Binsfeld durch Perfluorierte Tenside (PFT) hat in der Bevölkerung zu großer Besorgnis geführt. Betroffen sind auch andere Gemeinden in der Region um die Airbase Spangdahlem, aber auch Orte bundesweit, die in der Nähe von aktuellen oder ehemaligen Militärflugplätzen liegen. Dies ergab die Kleine Anfrage 2235 vom 14. März 2014 der Abgeordneten Blatzheim-Roegler und Hartenfels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/3469). Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD-Nord) hat bereits umfangreiche Untersuchungen durchgeführt und Maßnahmeempfehlungen ausgesprochen. Neben den – inzwischen verbotenen – PFT-haltigen Feuerwehrlöschschäumen steht auch das Flugbenzin JP8 als Träger im Verdacht. Aktuell griff der Trierische Volksfreund am 9. November 2014 auf Seite 1 unter dem Titel „Gefährliches Erbe des US-Militärs: Rings um rheinland-pfälzische Luftwaffenstützpunkte sind Gewässer mit krebserregenden Stoffen verunreinigt“ das Thema auf. Dies führte zu weiteren Anfragen seitens der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die festgestellten Verunreinigungen in Gewässern in Binsfeld und Umgebung, in der Kanalisation sowie in der Kläranlage Niederkail vor?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Quelle der Verunreinigung vor und konnte diese inzwischen zweifelsfrei lokalisiert werden?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung betreffend der Erfüllung von Regressforderungen an die BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) seitens des Angelvereins Binsfeld, der die Angelgewässer nicht mehr nutzen kann, und der Verbandsgemeinde Wittlich-Land, die den belasteten Klärschlamm kostenintensiv entsorgen lassen muss, vor?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, die PFT-Verunreinigungen in dem betroffenen Gebiet zu reduzieren bzw. eine Sanierung durchzuführen?

4. Abgeordnete

**Matthias Lammert und
Martin Brandl (CDU)**

Belastung der Polizei durch Begleitung von Schwertransporten

Aus der Antwort auf eine von uns an die Landesregierung gerichtete Kleine Anfrage zum Thema „Begleitung von Schwertransporten“ (Drucksache 16/4158) geht hervor, dass die hohe Anzahl angemeldeter Transporte bei einigen Polizeidienststellen im Land zu einem hohen Personalbedarf führt, der durch Unterstützungskräfte von Nachbardienststellen oder der Bereitschaftspolizei ausgeglichen werden muss. Die Landesregierung schätzt, dass hierfür im Jahr 2013 ca. 15 700 Arbeitsstunden angefallen sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Dienststellen werden in besonderem Maße durch die Begleitung der Transporte in Anspruch genommen?
2. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die Begleitung von Schwertransporten bei der derzeitigen personellen Situation der rheinland-pfälzischen Polizei originäre Aufgabe der Polizei sein sollte?
3. Plant die Landesregierung derzeit eine Neuregelung in der Weise, dass die Begleitung von Schwertransporten zukünftig nur noch von Privatunternehmen vorgenommen werden soll?
4. Wenn ja, wird der Transport durch Privatunternehmen zu einem nennenswerten Anstieg der Kosten für die betreffenden Unternehmer führen (Höhe bitte ggf. angeben)?

5. Abgeordnete
Jens Guth und
Heiko Sippel (SPD)

Wirtschaftliche Lage des Handwerks in Rheinland-Pfalz

Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) geht in seinem aktuell vorgestellten Konjunkturbericht 2/2014 von einer weiterhin positiven Entwicklung des deutschen Handwerks aus. Erwartet wird für das Gesamtjahr ein Umsatzwachstum von zwei Prozent und die Schaffung von 25 000 neuen Stellen. Die Bundesregierung geht aktuell von einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 1,2 Prozent in diesem Jahr aus.

Im Handwerk zeigen alle Konjunkturindikatoren nach oben. Auch die rheinland-pfälzischen Handwerkskammern gehen im Rahmen des Konjunkturberichts von einer weiterhin positiven Entwicklung im rheinland-pfälzischen Handwerk aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Konjunkturbericht des Zentralverbands des deutschen Handwerks (ZDH)?
2. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle wirtschaftliche Lage des Handwerks in Rheinland-Pfalz?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Handwerks in den kommenden Monaten ein?

6. Abgeordnete
Simone Huth-Haage und
Ellen Demuth (CDU)

Ergebnisse der Familienministerkonferenz vom 6. November 2014

Wir fragen die Landesregierung:

1. An welchen Stellen sieht die Landesregierung den größten Änderungsbedarf hinsichtlich der Qualitätsverbesserung in den rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten?
2. Welcher Betreuungsschlüssel ist aus Sicht der Landesregierung notwendig, um eine gute und altersangemessene Förderung und Betreuung in den Kindertagesstätten im Gegensatz zur aktuellen Lage realisieren zu können?
3. Welchen Stellenwert räumt die Landesregierung einer verbesserten Bezahlung von Erzieherinnen und Erzieher für die Qualität der Kindertagesstätten ein?
4. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Kosten für die genannten Qualitätsverbesserungen für das Land Rheinland-Pfalz?

7. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswirkungen des Aktionsplans Klimaschutz der Bundesregierung auf den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz

Der Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Um die globale Klimaerwärmung zu begrenzen, hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, den Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren. Aktuell zeichnet sich jedoch ab, dass die klimapolitische Zielsetzung der Bundesregierung verfehlt werden könnte. Um dies zu verhindern und zügig konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz einleiten zu können, kündigte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks bereits im April dieses Jahres einen Aktionsplan Klimaschutz an. Nach ihren Aussagen müssen bis zum Jahr 2020 85 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, um die Klimalücke zu schließen. Dabei sei es nach Aussagen der Bundesumweltministerin unabdingbar, die Kapazitäten der deutschen Kohlekraftwerke merklich zu verringern.

In der letzten Woche legte das Bundesumweltministerium einen ersten Entwurf für den Aktionsplan Klimaschutz vor. Die Maßnahmen aus den Bereichen die in der Verantwortung des Bundeswirtschaftsministeriums liegen sind darin noch nicht enthalten.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den durch das Bundesumweltministerium vorgelegten Entwurf für den Aktionsplan Klimaschutz der Bundesregierung?
2. Lassen sich aus dem Aktionsplan Klimaschutz der Bundesregierung Handlungsoptionen für den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz ableiten?
3. Sind die Maßnahmen, welche im vorgelegten Entwurf beschrieben werden nach Einschätzung der Landesregierung ausreichend, um die angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Aussagen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, für die Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung sei eine Reduktion der Kohleverstromung in Deutschland unvermeidbar?

8. Abgeordnete
Martin Haller,
Hannelore Klamm und
Dr. Tanja Machalet (SPD)

Landesportal Rheinland-Pfalz

Am 1. Oktober 2014 haben die Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Frau Staatssekretärin Heike Raab presseöffentlich das neue Landesportal Rheinland-Pfalz vorgestellt und freigeschaltet.

Daher fragen wir die Landesregierung nach ihren aktuellen Erfahrungen mit der Einführung des Landesportals:

1. Welchen Mehrwert bietet das Portal Bürgerinnen und Bürgern?
2. Wo liegt die Abgrenzung zu bereits gängigen Angeboten?
3. Wie ist das Portal inhaltlich aufgebaut bzw. auf welche Verwaltungen und Angebote kann man zugreifen?
4. Wie soll das Portal aus Sicht der Landesregierung weiterentwickelt werden?

9. Abgeordnete
Adolf Kessel,
Dorothea Schäfer und
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Unterbringung von Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kapazitäten werden in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende benötigt, wenn 2014 und 2015 ca. 10 000 Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz kommen und diese bis zu drei Monate dort verbleiben?
2. Wie begründet die Landesregierung die hygienischen, sicherheitstechnischen und baulichen Mängel in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Kostenerstattung pro Person erhält eine Kommune nach Zuweisung für die Unterbringung, Kleidung und Verpflegung?
4. Wer trägt die Krankenkosten der Flüchtlinge, vor allem auch der Kinder, die teilweise verletzt und/oder traumatisiert sind?

10. Abgeordnete
Josef Dötsch und
Anke Beilstein (CDU)

Schnelles Internet im Ländlichen Raum

Wir fragen die Landesregierung

1. Für ihre regionale Breitbandinitiative ist der Landkreis Cochem-Zell unter 100 Konkurrenten im Wettbewerb „Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht“ in der Kategorie „Wirtschaft“ von der Deutschen Bank und der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ in der vergangenen Woche zum Bundessieger gekürt worden. Ist der Landesregierung bekannt, ob es ähnliche kommunale Initiativen im Land gibt?
2. Welchen flächendeckenden Versorgungsgrad mit breitbandigem Internet strebt die Landesregierung in Rheinland-Pfalz in der Größenordnung von 16, 30, 50 und 100 Megabit in welchem Zeitraum an?
3. Wie hoch schätzt die Landesregierung die dafür erforderlichen Erschließungskosten ein?
4. Gibt es von Seiten des Landes eigene Breitbandmittel, um solche und ähnliche Projekte mit zu unterstützen?

11. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp,
Friedrike Ebli und
Fredi Winter (SPD)

Aufnahmestopp für Pro Vita Altenheim in Mainz

Laut aktuellen Pressemeldungen hat die Beratungs- und Prüfbehörde nach dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (BP-LWTG) bei ihrer engmaschigen Begleitung der Einrichtung Pro Vita der Casa Reha-Gruppe in Mainz erneut erhebliche Mängel in der Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner festgestellt. Die Prüfbehörde hat daher mit sofortiger Wirkung einen einjährigen Aufnahmestopp verhängt. Ferner besteht die Auflage zusätzliche Fach- und Hilfskräfte einzusetzen, sowie die Mängel unverzüglich zu beseitigen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen sah sich die Landesregierung veranlasst, der Einrichtung Pro Vita der Casa Reha-Gruppe in Mainz einen Aufnahmestopp aufzuerlegen?
2. Welche weiteren Bedingungen wurden der Einrichtung auferlegt, um eine gute pflegerische Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten?
3. Wie hat die Landesregierung die enge Begleitung und Aufsicht der Einrichtung in den vergangenen Monaten durchgeführt?
4. Hält die Landesregierung die am 7. November 2014 bei einer gemeinsamen Tagung mit dem Land Nordrhein-Westfalen getroffene Forderung nach „mehr Vertrauen für die Träger guter Einrichtungen statt undifferenzierter Kontrolle“ aufrecht?

12. Abgeordneter**Ulrich Steinbach****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung für Rheinland-Pfalz**

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hat am 6. November 2014 die Ergebnisse seiner aktuellen Untersuchung veröffentlicht. Die Novemberschätzung gibt Auskunft über einen mittelfristigen Zeitraum (laufendes Jahr plus fünf Folgejahre). Die Ergebnisse der Steuerschätzung besagen, dass für die Länder die Steuereinnahmen 2015 um 2,8 Mrd. Euro, 2016 um 3,2 Mrd. Euro, 2017 um 2,3 Mrd. Euro und 2018 um 2,0 Mrd. Euro verringert werden. Die regionalisierte Schätzung liefert die endgültigen Ansätze für die Steuereinnahmen im Landeshaushalt des Folgejahres.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was sind die konkreten Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für das Land Rheinland-Pfalz?
2. Welche Auswirkungen hat die aktuelle Steuerschätzung für die Fortsetzung der Konsolidierung des Landeshaushalts?
3. Was sind die konkreten Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für die Kommunen im Land Rheinland-Pfalz?
4. In welcher Relation stehen die Ergebnisse der Steuerschätzung zu den bisherigen Annahmen im Bereich der Kommunalfinanzen in Rheinland-Pfalz?

13. Abgeordneter**Michael Wäschenbach****(CDU)****Aktuelle pflegerische Versorgung in Rheinland-Pfalz**

In einem Gespräch mit dem Trierischen Volksfreund vom 29. Oktober 2014 hat der damalige Sozialminister Alexander Schweitzer von einer insgesamt guten pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz, allerdings mit regionalen Unterschieden, gesprochen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den gegebenen Befund einer guten pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund, dass das Branchenmonitoring 2011 bereits gezeigt hat, dass eine Fachkräftelücke in den Pflegeberufen in Höhe von 965 Altenpflegekräften, 1 078 Krankenpflegekräften und 223 Kinderkrankenpflegekräften in Rheinland-Pfalz vorliegt?
2. Welche regionalen Unterschiede sieht die Landesregierung bei der pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz konkret?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die künftige Entwicklung vor dem Hintergrund, dass nach den zentralen Ergebnissen des Landesleitprojektes Fachkräftesicherung in den Gesundheitsfachberufen im Jahr 2020 3 785 Krankenpflegekräfte, 2 878 Altenpflegekräfte und 485 Kinderkrankenpflegekräfte fehlen werden, wenn nicht mit geeigneten Fachkräftesicherungsstrategien gegengesteuert wird?

14. Abgeordnete**Bettina Brück,****Marc Ruland,****Fritz Presl und****Thorsten Wehner (SPD)****Umgang mit kleinen Realschulen plus**

Das Schulgesetz (SchulG) regelt in § 13 die Mindestgröße der Schulen in Rheinland-Pfalz. So müssen die Klassenstufen 5 bis 9 der Realschulen plus jeweils mindestens drei Klassen umfassen (§ 13 Absatz 2 SchulG), wobei bei Realschulen plus aus Gründen der Siedlungsstruktur Ausnahmen von dieser Regelung ermöglicht werden (§ 13 Absatz 4 SchulG). Die im September 2013 vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur sowie der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorgelegten „Leitlinien für ein wohnortnahes Angebot an Realschulen plus“ regeln die Ausnahme von der schulgesetzlich festgelegten Mindestgröße aus siedlungsstrukturellen Gründen genauer und bieten damit den Schulträgern Hilfen zur Schulentwicklungsplanung. Ziel ist es, überall dort, wo es qualitativ vertretbar ist, Schulstandorte auch unterhalb der gesetzlich festgelegten Dreizügigkeit als Mindestgröße zu erhalten. Erstmals soll die Prüfung der Kriterien der Leitlinien im Herbst des Schuljahres 2014/2015 erfolgen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Gibt es Realschulen plus, die aktuell die Fallgruppe 1 der Leitlinien nicht mehr erfüllen und weniger als 181 Schüler insgesamt und weniger als 26 Kinder in der Jahrgangsstufe 5 haben?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation an den betroffenen Schulstandorten bzw. welche Schritte werden in diesen Fällen eingeleitet?
3. An wie vielen Standorten und mit welchem Ergebnis wurden bisher Prüfungen von Ausnahmen durchgeführt?

15. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp,
Bettina Brück und
Dr. Tanja Machalet (SPD)**

Situation der Beschäftigten bei Franklin Electric

Die Beschäftigten der Firma Franklin Electric haben rund drei Wochen für einen fairen Sozialtarifvertrag gestreikt, weil die Geschäftsleitung die Verlagerung der Produktionsarbeitsplätze aus Gewinnoptimierungsgründen nach Tschechien beschlossen hat, und dabei große Solidarität erfahren. Mit großer Mehrheit haben die IG-Metallmitglieder für einen ausgehandelten Sozialtarifvertrag gestimmt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat die Landesregierung den Prozess begleitet und unterstützt?
2. Welche Eckpunkte umfasst der Sozialtarifvertrag?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den Ausgang der Verhandlungen?

16. Abgeordnete

**Bettina Dicks und
Simone Huth-Haage
(CDU)**

Aktuelle Diskussion zu Fragen der Sexualpädagogik in Kindertagesstätten und Schulen (s. DIE WELT vom 22. Oktober 2014 und die FAZ vom 24. Oktober 2014)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird in Rheinland-Pfalz in der Erzieherinnen- bzw. Lehrerbildung oder in der konkreten Arbeit in Kindertagesstätten und Schulen auf Lehrmeinungen der Sexualpädagogik Uwe Sielerts und Elisabeth Tuiders bzw. der Gesellschaft für Sexualpädagogik und auf zugehörige Werke wie z. B. „Sexualpädagogik der Vielfalt“ oder „Lisa und Jan“ zurückgegriffen?
2. Hält die Landesregierung Sexualaufklärung in Kindertagesstätten für altersgerecht und entwicklungspsychologisch für angemessen?
3. Ist es ein Lernziel der schulischen Sexualpädagogik in Rheinland-Pfalz, die „Heteronormativität“ der Gesellschaft aufzubrechen?
4. Ist es im Rahmen der Sexualaufklärung gewährleistet, dass während schulexterne Initiativen, Vereine und Verbände in einer Klasse sind, immer auch der jeweilige Lehrer bzw. Erzieher anwesend ist?

17. Abgeordneter

**Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Europäische Woche zur Abfallvermeidung in Rheinland-Pfalz

Die Abfallvermeidung stellt ein vorrangiges Ziel der Abfallwirtschaft dar. Denn vermiedene Abfälle schonen Ressourcen und schützen gleichzeitig Mensch und Umwelt. Auf Grundlage der EU-Abfallrahmenrichtlinie sowie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes wurde im Bundeskabinett Ende Juli 2013 das Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder verabschiedet. Darin empfiehlt die Bundesregierung unter anderem die Teilnahme an der jährlich stattfindenden Europäischen Woche zur Abfallvermeidung. Bei dieser sind Akteurinnen und Akteure aus Kommunen, Unternehmen, Umweltverbänden und weiteren Bereichen dazu aufgerufen, ihre Ideen im Rahmen der europäischen Themenwoche vor Ort einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Ziel ist es die Vermeidung von Abfällen stärker ins Bewusstsein von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu rücken. In diesem Jahr findet die Europäische Woche zur Abfallvermeidung vom 22. bis zum 30. November statt.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. In welcher Form beteiligt sich die Landesregierung an der Europäischen Aktionswoche zur Abfallvermeidung?
2. Sind der Landesregierung Initiativen der rheinland-pfälzischen Kommunen bekannt, sich an dieser Aktionswoche zu beteiligen?
3. Sind der Landesregierung kommunale Abfallvermeidungskonzepte auf Landkreisebene bekannt (wenn ja, mit welchen konkreten zentralen Inhalten)?
4. Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Landesregierung für Kommunen bei Großveranstaltungen Mehrweg- statt Einwegkonzepte gegenüber den jeweiligen Veranstaltern durchzusetzen?

18. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Vorbereitung des Landes auf Ebola

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Notfallpläne für den Fall eines Auftretens von Ebola in Rheinland-Pfalz bestehen?
2. Inwieweit könnten rheinland-pfälzische Krankenhäuser Patienten aufnehmen, die an Ebola erkrankt sind?
3. Inwieweit steht in Rheinland-Pfalz ausreichendes medizinisches Personal zur Verfügung, das beim Auftreten von Ebola auf den speziellen Umgang mit Erkrankten vorbereitet wäre?
4. Welche Schulungen bzw. Informationsmaterialien gibt es, um Ebola-Verdachtsfälle diagnostizieren zu können?

19. Abgeordnete
Bettina Brück und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)

Einheitliche Qualitätsstandards in deutschen Kindertagesstätten

Anfang des Monats haben sich die Jugendministerinnen und Jugendminister von Bund und Ländern sowie Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen auf die Erarbeitung gemeinsamer und verbindlicher Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung geeinigt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In Bezug auf welche Aspekte sollen Standards in den Ländern harmonisiert werden?
2. Wie stellt die Landesregierung angesichts zum Teil erheblicher Unterschiede zwischen den Ländern sicher, dass sich die Länder und der Bund möglichst an hohen Standards orientieren?
3. In welcher Höhe wird sich der Bund an einer Verbesserung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen beteiligen?

20. Abgeordneter
Michael Billen (CDU)

Landschaftselemente in Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt ein Landschaftselemente-Kataster (LE-Kataster) bereitzustellen. Nach aktueller Auskunft der Landwirtschaftsministerin wurde die Frist für die Teilnahme am LE-Kataster verlängert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Fehlerquote hat sich nach ersten Prüfungen des Erfassungsprogramms ergeben?
2. Wie sollen die Fehlerquoten korrigiert werden?
3. Welche Probleme treten bei der Korrektur der Fehlerquote insbesondere dadurch auf, dass die Landwirte nicht in der Lage sind, die ihnen zugemuteten Korrekturaufgaben zu bewältigen?
4. Welche Lösungen hat die Landesregierung anzubieten?

21. Abgeordnete
Andreas Hartenfels und
Gunther Heinisch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor- und Nachsorge bei extremen Starkregenfällen

Auch in Rheinland-Pfalz sind zunehmend extreme Wetterereignisse unter anderem mit Starkregen zu verzeichnen, die oftmals zu Überschwemmungen und hohen Schäden führen. Zuletzt war der Donnersbergkreis am 20. September 2014 von einem solchen Unwetterereignis betroffen. Auch in der aktuellen Jahreszeit erlangen Starkregenereignisse immer wieder Bedeutung. Zurzeit ist unter anderem die Schweiz durch Zerstörungen und Todesfälle in Folge verheerender Regenfälle betroffen. Nach Informationen des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums geht die Hälfte aller Hochwasserschäden im Land inzwischen auf Starkregenfälle zurück. Experten gehen davon aus, dass durch den Klimawandel extreme Wetterereignisse zunehmen. Dies führt zu einem erhöhten Bedarf an Vor- und Nachsorgemaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung konkrete Erkenntnisse über die Höhe der Schäden durch extreme Wetterlagen, z. B. Starkregen, in Rheinland-Pfalz vor?
2. Welche Möglichkeiten bestehen für Gemeinden und Städte, Vorsorge zu treffen, um die Schäden durch extreme Wetterlagen zu verringern?
3. Welche konkreten Möglichkeiten hat die Landesregierung mit vorsorgenden Maßnahmen, um extremen Wetterlagen zu begegnen?
4. Welche finanziellen Hilfen stehen Bürgerinnen und Bürger von betroffenen Regionen nach einem Starkregen-Ereignis zur Verfügung und welche Schritte müssen bei der Gewährung von Finanzhilfen berücksichtigt werden?

- 22. Abgeordneter**
Gunther Heinisch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Einigung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz zur Fortsetzung der Wissenschaftspakte**
- Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat sich in ihrer Sitzung vom 31. Oktober 2014 auf einen Beschluss zur Fortsetzung des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation bis ins Jahr 2020 verständigt. Des Weiteren hat die GWK die Fortsetzung der durch die Exzellenzinitiative angestoßenen Dynamik im Wissenschaftssystem über 2017 hinaus vereinbart. Im Rahmen der vorgesehenen Bund/Länder-Vereinbarungen stellt der Bund von 2015 bis 2023 insgesamt 9,9 Milliarden Euro zur Verfügung. 437 Millionen davon werden den rheinland-pfälzischen Hochschulen zugutekommen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Welche Effekte haben die Vereinbarungen über die kommende Förderphase auf die Bereiche Studium und Lehre an rheinland-pfälzischen Hochschulen?
 2. Welche positiven Effekte haben die Vereinbarungen auf die rheinland-pfälzische Forschungslandschaft?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung die nach wie vor nur zeitlich begrenzten Bund-Länder-Kooperationen im Bereich Hochschule und welche Perspektiven sieht die Landesregierung für langfristige Kooperationen zur Sicherung der Qualität in Forschung und Lehre?
- 23. Abgeordneter**
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Haltung der Landesregierung zur Einführung einer kommunalen Wettbürosteuer**
- In Nordrhein-Westfalen haben einige Kommunen wie beispielsweise Hagen und Herne eine sogenannte Wettbürosteuer eingeführt. Dies soll einer ungebremsten Zunahme der Anzahl von Wettbüros entgegenwirken, eine Maßnahme zur Suchtprävention sein, aber auch die klammen Haushalte der Kommunen entlasten.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung die Einführung einer Wettbürosteuer auf kommunaler Ebene in Rheinland-Pfalz?
 2. Gibt es bereits Kommunen in Rheinland-Pfalz, die eine solche Steuer eingeführt haben oder eine Einführung planen?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung die dargestellten verfassungsrechtlichen Bedenken der Gegner der Wettbürosteuer?
 4. Wie beurteilt die Landesregierung das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag bei der Einführung einer solchen Wettbürosteuer?